

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Bernauer Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Dresden 1330.
Kreislage:
Rieser Nr. 22.

Nr. 81.

Mittwoch, 6. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Nachnahme oder durch Bank. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverrichtungen, Gebühren und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Abgesehen von der Nummer des Ausgabenjahres sind die 9 Uhr vormittags auszugehen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beilage (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Beilagezeitung 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bestellungen auf Abnahme, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jangse & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Rieser.

Die dritte Lesung des Reichsetats im Eiltempo.

Die Schlußabstimmung über den Reichshaushaltsplan auf Mittwoch vertagt.

Deutscher Reichstag.

Dts. Berlin, 6. April.

Im Reichstage wurde heute die Kommission für das Hygiene-Museum in Dresden geprüft. Beim Etat des Arbeitsministeriums wurden 50 Millionen Mark für produktive Erwerbslosenfürsorge gefordert, 25 Millionen Mark für Arbeitslosen für die Invalidenversicherung. Die unterhaltende Erwerbslosenfürsorge wurde von 200 auf 450 Millionen Mark erhöht. Im Ernährungshandelsplan wurden die Beihilfen für bäuerliche Wirtschaftsräte von 1,9 Millionen Mark wieder hergestellt und 700 000 Mark zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen bewilligt.

3. Lesung des Etats 1927.

Abg. Dr. Giffert (Soz.) ist überzeugt davon, daß die Deutschnationalen ihren Monarchismus aufgegeben und die Weimarer Verfassung anerkannt haben, um in die Regierung einzutreten zu können; denn etwas anderes bedeutete die Annahme der Marx'schen Richtlinien nicht. Er glaube nicht mehr an die Treue der Deutschnationalen zu den Hohenzollern, aber auch nicht an ihre Treue zur Republik. Der Volkspartei stehe ihr Zusammenschluß mit den Deutschnationalen in Steuer- und Wirtschaftfragen viel höher als ihr immer deutlicher werdendes Sozialismus. Die Sozialdemokraten lehnen den Etat ab als Protest gegen den Parlamentarismus und als Protest gegen die Einseitigkeit des Reichsetats (Weis. d. d. Soz.).

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt es für unwahrscheinlich, daß die Regierung bei der dritten Lesung des Etats nicht vollständig zur Stelle sei, und beantragt Verzögerung. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß Dr. Giffert vor einem halben Jahr dem Etat Dr. Reinhold zugestimmt habe. Reinhold sei doch auch für diesen neuen Etat verantwortlich. Die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokratie habe nichts zu bedeuten, bald würden sie sich wieder zur Regierung drängen. Die Kommunisten lehnen diesen Etat ab als Ausdruck der Diktatur der Arbeiterklasse.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats und wünscht seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierungsparteien einen Antrag vorgelegt hätten, dessen Gedanken sie dem demokratischen Antrag entlehnt hätten. Trauria sei es, daß sich an dem Finanzetat seit 1919 nichts geändert habe. Deshalb sei es falsch, ihn auf zwei Jahre zu verlängern; die Demokraten verlangten eine Verkürzung auf ein Jahr, damit recht bald in einem endgültigen Finanzetat die Steuer- und Gewerbesteuerabgaben zurückgeführt werden und damit die Selbstverantwortung geübt werden könne.

Der Redner bespricht dann die Frage des Konfords. Seine Partei habe sich über Dr. Stresemanns Erklärung gefreut, aber die Freude sei von kurzer Dauer gewesen, denn Dr. Stresemann habe seine Rede hinterher gleich wieder dementiert. Die Rede sei eben nur gehalten worden, um zu verhindern, daß seine Parteimitglieder in Scharen davonlaufen, weil sie fürchten, daß in dieser Koalition der Kulturliberalismus Schaden leide. Die Demokraten wollten deshalb der Volkspartei Gelegenheit zu klarer Stellungnahme geben und legten eine Entschließung vor, die klar ausspreche, daß der Reichstag kein Konfordat und keine Beschränkung seiner Souveränität wolle (Weis. d. d. Dem.).

Abg. Dr. Dredt (Christl. Soz.) erklärt, dieser Etat erwecke größte Bedenken, denn er zeige, daß die Verletzung der Regierungshoheit von links nach rechts nicht geändert habe. Von Sparmaßnahmen sei nichts zu merken. Deshalb lehne die Wirtschaftliche Vereinigung diesen Etat rundweg ab.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) verlangt die Festsetzung der Dawes-Gesetze. Mit Rücksicht auf die Plauerer Entschließungen fordert der Redner den Rücktritt Dr. Stresemanns (Nachh. d. d. Reichst.).

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Hausrede des Reichspräsidenten und des Reichstags werden ohne weitere Debatte angenommen, ebenso der Haushalt des Reichsministeriums und des Reichsanwalterats.

Haushalt des auswärtigen Amtes

Abg. Stöcker (Komm.) die Herbeiführung des Ministers Dr. Stresemann. Der Völkerverbund sei nur das Werkzeug der Imperialisten Europas.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt die Beratungen zu unterbrechen, bis Dr. Stresemann erseheue. Min.-Dir. Schneider teilt mit, der Minister sei auf dem Wege zum Reichstag. Die Sitzung wird daraufhin unterbrochen.

Nach sieben Minuten erscheint Minister Dr. Stresemann im Saal. Die Sitzung wird fortgesetzt.

hang. Der Redner fragt nach der Stellung des Ministers zum Konfordat, nach dem Stand der albanischen Angelegenheit und nach dem vom Abg. Stöcker erwähnten Waffenlieferungen. Trotz aller Sympathie für den chinesischen Freiheitskampf könne man die Kanton-Regierung nicht anerkennen, da das chinesische Volk selbst diese Regierung noch nicht anerkenne. Proteste würden China nichts nützen, und aber schaden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann entschuldigt sein spätes Erscheinen mit Verhandlungen mit Sarajewo und mit dem Antrittsbesuch eines Gesandten. Er erklärt ferner: In der Konfordsfrage besteht keine Differenz zwischen dem Außenminister und dem Vizeaußenminister Dr. Dietrich-Baden. Ich habe, so erklärt der Minister, gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Konfords erklärt, daß es sich hier um eine ganz andere Situation handle, nachdem einzelne Länder Konfords bereits abgeschlossen haben oder vorbereiten. Ich habe gebeten, die Sache feindschaftslos zu behandeln und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten. Meine Erklärungen decken sich mit der feindschaftlichen Erklärung der Reichsregierung.

Dr. Stresemann erklärt weiter, daß er im gegenwärtigen Augenblick über die albanische Frage öffentlich nicht sprechen könne. Es finden gegenwärtig Verhandlungen statt über eine Regelung, die die Sicherheit geben soll, daß der Frieden zwischen den beiden beteiligten Mächten nicht gefährdet wird, und daß die albanische Unabhängigkeit sichergestellt wird. Wir sind über diese Besprechungen unterrichtet, und ich bin bereit, im Auswärtigen Amt nach dem Ausfall zu geben, soweit das möglich ist. Diesem gilt von der chinesischen Frage. Waffenlieferungen nach China im Einverständnis mit der Reichsregierung haben nicht stattgefunden.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) führt Klage darüber, daß der Reichsanwalt und der Außenminister dem Schriftsteller Georg Brandes zu seinem 80. Geburtstag gratuliert haben, obwohl er ein Deutschenfeind sei.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vermißt eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns in der Konfordsfrage. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erwidert, die ganzen Verhandlungen in dieser Frage befinden sich noch im Anfangsstadium der Ressorts. Er sei daher nicht in der Lage, eine amtliche Erklärung dazu abzugeben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er kein Hehl. Nachdem mit Banern ein Konfordat abgeschlossen sei und vielleicht auch mit Preußen ein zustande käme, sei er der Meinung, daß man auch ein Reichskonfordat abschließen solle. (Beif. Groll links.) Es ist jedenfalls wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbedingungen auch das Reich die Entscheidung trifft. Die Stellungnahme im einzelnen wird davon abhängen, welchen Inhalt diese Abmachungen haben werden.

Der Haushalt des auswärtigen Amtes wird erledigt. Es folgt der Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Beim Etat des Innern meint Abg. Gollmann (Soz.), Stresemanns Wohnungsbaufrage stimme überein mit der demokratischen Entschließung, für die auch die Sozialdemokratie stimmen würde. Der Klassencharakter dieses Inneneinsatzes gehe aus der Streichung der Summen für Jungferner, Sport, Kinderpflege, Studentenhäuser hervor, während für christliche Organisationen und Technische Nothilfe Geld da sei.

Reichsfinanzminister Dr. Brücker: Die Pflege des kulturellen Hauptausgaben der Länder sein; deshalb müssen auch die Länder die Mittel aufbringen. Die Summe für die Jungferner ist reine Ländersache (Beif. Widerspruch links). In das Gebiet der Länderausgaben sollte man nicht mit Reichsbekanntwerden eingreifen. Für das Hygiene-Museum in Dresden soll ein Weg gesucht werden, der es ermöglicht, für den Bau im Rahmen der im Etat stehenden allgemeinen Mittel eine Beihilfe zu gewähren. (Beif. bei d. Mehrheit.)

Abg. Rosenbaum (Komm.) verlangt Redefreiheit für Kommunisten in Banern.

Abg. Dr. Käls (Dem.) bittet für das Hygiene-Museum in Dresden wenigstens 500 000 Mark einzusetzen, nachdem man die zuerst eingezeichnete Million gestrichen habe. Im Ausland würde es unangenehmes Aufsehen erregen, wenn man sehen müßte, daß Deutschland so armig sei, daß es nicht diesen Betrag für einen so wichtigen Zweck aufbringen könnte.

Abg. Schmidt-Rupfen (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Abg. Mühlendorf (Dem.) verweist auf die Not der Jungferner. Man solle wieder, wie im Vorjahre, sechs Millionen für die Jungferner einsetzen.

Abg. Sparrer (Dem.) fordert Bereitstellung von zwei Millionen Mark für die Juppelkinder-Expedition.

Abg. Eberlein (Soz.) schildert ebenfalls die große Not der Jungferner. Die Abstimmen werden zurückgestellt. Es folgt der

Der Rest des Arbeitsplans wird angenommen, ebenso der Etat der besetzten Gebiete.

Im Ernährungshandelsplan werden auf Antrag der Regierungsparteien die Beihilfen für bäuerliche Wirtschaftsräte mit 1,9 Millionen wiederhergestellt, 700 000 Mark zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen neu bewilligt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Rinderpestung mit fünf Millionen wiederherzustellen, wird in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 170 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Auf Antrag der Regierungsparteien werden nur vier Millionen für diesen Zweck bewilligt. Die bei der zweiten Lesung gleichfalls getrichenen 1,1 Millionen für Kredite an die Treibberingsschiffe usw. werden wieder eingesetzt.

Der Rest des Etats wird angenommen. Beim Verkehrsetat wird ein demokratischer Antrag, 2 Millionen für den Juppelkinderbau zu bewilligen, abgelehnt. Der Etat wird angenommen.

Beim Beihet werden zahlreiche kommunale Streichungsanträge abgelehnt. Der Etat wird angenommen. Bei Beratung des Postetat befragt sich Abg. Torgler (Komm.) über ungesunde Dienstgebäude.

Der Postetat wird angenommen, ebenso der Etat des Reichsministeriums.

Zum Versorgungshandelsplan liegen eine Reihe von Anträgen für die Versorgung der Kriegsgesellen vor.

Abg. Franz Meise (Soz.) begründet die Ausschussvor schläge: Die Erlangung der Werruntrente soll erleichtert werden. In einer Entschließung fordert der Ausschuss ferner eine Novelle zum Versorgungsgesetz. Darin sollen die Renten verbessert, den Hinterbliebenen Selbstbestimmung und Berufsausbildung gewährt werden.

Abg. Koss (Zit.) berichtet über die Annahme einer sozialdemokratischen Entschließung, im Kriegsbekämpfungsausgang die Kriegsgesellenversorgung um 150 Millionen zu verstärken, die dann vom Haushaltsministerium abgelehnt wurde.

Beide Ausschüsse beantragen aber gemeinsam eine Entschließung, Weltkriegskranken oder sonst schwer lebenden Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen im Wege des Härteausgleichs zu helfen, selbst wenn der ursprüngliche Zusammenhang zwischen dem Weiden und dem Weltkrieg nicht ausreichend nachgewiesen ist.

Beim Haushalt des Ernährungsministeriums beschwert sich Abg. Franz Meise (Soz.) über die Streichung der Rinderpestungen in Höhe von fünf Millionen bei der zweiten Lesung. Ein Hebe sei es, daß die Regierungsparteien jetzt vier Millionen wieder einsetzen wollten. Redner beantragt fünf Millionen.

Die Abstimmungen zu den Etats des Ernährungs- und des Verkehrsministeriums werden zurückgestellt.

Beim Beihetat

(Schl.)

Abg. Crenshurg (Komm.) den Sozialdemokraten die Verantwortung für das Reichswehrgesetz zu.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, der Sportklubbund sei an der Entwicklung der Reichswehr schuld. Die ablehnende Haltung der Kommunisten könne doch wohl nicht so grundsätzlich sein, sie könnten doch a. B. die Bezugszahl der Sportklubgratzen für die Reichswehr nicht ablehnen. (Beif. links.)

Darauf werden die zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt.

Auf Antrag der Regierungsparteien wird im Etat des Innern eine Million zur Förderung des Turn- und Sportwesens wieder eingesetzt, für die Studentenhilfe 500 000 Mark, für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche 500 000 Mark. Für die Jungferner enthält der Etat 25 Millionen. Erhöhungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden abgelehnt. Die Regierungsparteien beantragen Streichung des ganzen Titels.

Dieser Streichungsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 185 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen (Beif. links).

Auch die Million für das Hygiene-Museum in Dresden wird in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 182 Stimmen bei einer Enthaltung getrichen.

Damit ist auch der Antrag Käls erledigt, wonach wenigstens 500 000 Mark für diese Postion gefordert wurden.

Der Rest des Inneneinsatzes wird angenommen.

Beim Etat des Arbeitsministeriums werden auf Antrag der Regierungsparteien 50 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge getrichen, 25 Millionen für Arbeitslosen neu eingesetzt. Neu eingesetzt werden ferner 72 Millionen Reichsbekämpfung für die Invalidenversicherung. Die unterhaltende Erwerbslosenfürsorge wird von 200 auf 450 Millionen erhöht.

Abg. Weber-Dülsdorf (Komm.) beantragt eine grundlegende Revision des Versorgungsgesetzes und eine erhebliche Rentenerhöhung.

Abg. Reuber-Roth (Soz.) befürwortet die Ausschussentschließung.